



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Eigerstrasse 65
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 23. April 2020

09.503 Pa.Iv. Fraktion RL. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen (Vorentwürfe 2 und 3, Abschaffung der Umsatz- und der Versicherungsabgabe)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz lehnt die Abschaffung der Stempelsteuer ab. Sie hat das bereits anlässlich der Vernehmlassung zur Abschaffung der Emissionsabgabe am 7. Mai 2012 deutlich gemacht und ihre Gründe dargelegt.¹ Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein weiteres Beispiel für eine unverantwortliche Begehrlichkeit im Steuerbereich von Seiten der bürgerlichen Parteien, die massive Mindereinnahmen für den Bund nach sich ziehen würde. Bereits die Abschaffung oder bedeutende Senkungen diverser Steuern auf Kapital oder für hohe Einkommen haben in diese Richtung gezielt. Dazu zählen auch die neusten Vorstösse in dieser Richtung, etwa die Forderung nach einer Erhöhung des Kinderabzuges bei den Bundessteuern (18.050), die Revision des Aktienrechts (16.077) oder die Abschaffung der Industriezölle (19.076). Dabei wird bereits die vom Volk beschlossene STAF zu jährlichen Einnahmefällen von rund 1.4 Milliarden Franken auf Bundesebene führen. Insgesamt geht es allein bei den neuesten Steuersenkungsplänen um Mindereinnahmen von mindestens 5 Milliarden Franken jährlich, also um gegen 7 Prozent des Bundesbudgets. Wenn all die erwähnten Projekte umgesetzt wür-

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

¹ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/abschaffung_stempelsteuer_2012.pdf

den, wären empfindliche Sparpakete unweigerlich die Folge. Und dies zu einem Zeitpunkt, da das Finanzdepartement angekündigt hat, dass die im Rahmen der OECD laufenden Arbeiten zur Anpassung der Besteuerung von multinationalen Konzernen schwerwiegende steuerliche Konsequenzen für die Schweiz haben dürften. Gemäss Schätzungen des EFD könnten sich die Steuerausfälle auf bis zu fünf Milliarden belaufen.

Es braucht deshalb jetzt einen klaren Stopp in dieser Salami-Taktik und Zwängerei bezüglich der Stempelsteuer: Bereits wurde die Stempelabgabe gezielt eingeschränkt. So ist sie auf Fremdkapital (TBTF-Vorlage) bereits abgeschafft. Das hat zu einem Ausfall von bis zu eine halbe Milliarde Franken jährlich geführt. Der Nationalrat hat ausserdem bereits die Abschaffung der Emissionsabgabe beschlossen. Diese ist im Ständerat sistiert. Mit den zu behandelnden Vorentwürfen 2 und 3 sollen nun auch die Umsatz- und die Versicherungsabgabe fallen. Dies würde zu weiteren Steuerausfällen von rund 2 Milliarden Franken jährlich führen. In der Vorlage sind keinerlei Kompensationen dafür vorgesehen.

Es drohen Milliarden-Verluste in der Bundeskasse

Die SP Schweiz hat deshalb sowohl in der Subkommission als auch in der Kommission ihre Minderheitsposition eingebracht und deutlich gemacht, dass sie die Abschaffung der Stempelabgabe finanzpolitisch als völlig unverantwortlich betrachtet. Mit den Auswirkungen der Corona-Krise sieht sie sich in dieser Einschätzung noch weiter bestätigt. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass der Corona-bedingte Einbruch 2020 zu einem Verlust für die Bundeskasse von 30 bis 40 Mrd. Franken führen könnte. Und dies noch ohne Berücksichtigung von möglichen und wahrscheinlichen Einbussen bei der Verrechnungssteuer und der Einkommenssteuer. Andere Prognosen gehen von bis zu 50 Mrd. Fr. aus mit weiteren Einbussen im Folgejahr aufgrund verzögerter Wirkungen bei den Gewinnsteuern.²

Die Reform wird unter dem Vorwand propagiert, der Schweizer Finanzplatz verzeichne mit der Stempelabgabe einen Wettbewerbsnachteil, weil die europäischen Länder keine solche Abgabe kennen würden. Das Gegenteil ist wahr: In verschiedenen Ländern der Europäischen Union wurden nach der Finanzkrise Finanztransaktionssteuern eingeführt (z.B. in Frankreich, Italien). Deutschland und die Europäische Union diskutieren ebenso die Einführung von Finanztransaktionssteuern. Die Schweiz würde sich also mit einer ersatzlosen Streichung dieser Abgaben genau in die entgegengesetzte und falsche Richtung bewegen.

² <https://www.nzz.ch/wirtschaft/corona-krise-der-bund-muss-2020-mit-grossen-verlusten-rechnen-ld.1551708>
<https://www.nzz.ch/schweiz/corona-bringt-der-schweiz-ein-40-milliarden-defizit-ld.1553137>

Keine einseitige Privilegierung einer Branche

Zudem hat die Corona-Krise auch diesbezüglich die Ausgangslage noch einmal deutlich verschärft, könnten doch ausgerechnet die Banken und Versicherungen als Profiteure der Krise hervorgehen. So wird Medienberichten festgehalten: «Die Banken werden die Gewinner der Corona-Krise sein. Sie dürften zwar Blessuren davontragen, doch an ihre Existenz wird sie nicht gehen. Zu diesem Befund kommen auch die Ökonomen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). ... Wie sehr die Banken darauf achten, sich möglichst schadlos zu halten, kann man in einem diesen Donnerstag aktualisierten Dokument der Bankiervereinigung nachlesen. ... Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um zu erkennen, dass das Kreditpaket über 40 Milliarden Franken wie ein gigantischer Schutzwall wirkt, der die Banken vor einer Sturmflut von Konkursen schützt.»³ Auch vor diesem Hintergrund macht eine einseitige steuerliche Privilegierung der Banken und Versicherungen ausgerechnet in dieser ausserordentlichen Situation keinen Sinn.⁴

Zusammenfassend lehnt die SP Schweiz diese Vorlage ab, weil sie in unseren Augen keine Rechtfertigung hat und vielmehr nur bedeutende volkswirtschaftliche Negativwirkungen entfalten würde.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

³ <https://www.tagesanzeiger.ch/bund-wirft-banken-einen-gigantischen-rettungsring-zu-245982620196>

⁴ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/credit-suisse-verbessert-sich-auch-in-der-corona-krise-deutlich-ld.1553175> : Die Grossbank CS hat zum Jahresauftakt einen deutlich höheren Gewinn erzielt. Sie profitierte in erster Linie von der hohen Volatilität an den Finanzmärkten und der gesteigerten Handelsaktivität.